



Protokollauszug zum GEMEINDERAT

am Mittwoch, 22.06.2016, 17:05 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1

**Grundschule Hoheneck, Ostertagstraße 5 -
Neubau Schulturnhalle
- Vergabe Generalübernehmerleistungen**

Vorl.Nr. 152/16

Beschluss:

Der Vergabe der Generalübernehmerleistung für die schlüsselfertige Erstellung der neuen Turnhalle Hoheneck wird zugestimmt.

Gewerk	Firma	Verfügte Summe / pauschale Vorgabe Gemeinderat Inkl. 19 % MwSt.
Generalübernehmerleistung Neubau Turnhalle	Schatz Projectbau GmbH	2.300.000,- EUR

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 26 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 7 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Haller (krank)
Stadtrat Köhle
Stadträtin Kreiser (beruflich verhindert)
Stadtrat Kube
Stadtrat Volker Lutz (privat verhindert)
Stadtrat Remmele
Stadtrat Seybold

Ja 26 Nein 1 Enthaltung 7

Beratungsverlauf:

Bevor OBM **Spec** das Wort an BM **Ilk** übergibt, informiert er darüber, dass der Förderbescheid für den Neubau der Schulturnhalle in Hoheneck zwischenzeitlich vorliege.

Anhand der Vorl. Nr. 152/16 berichtet BM **Ilk** über das bisherige Verfahren und gibt bekannt, dass der Empfehlungsbeschluss zur Vergabe der Generalübernehmerleistungen in der Sitzung

des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt am 09.06.2016 einstimmig gefasst worden sei.

Stadtrat **Noz** bedankt sich für die positive Begleitung des Verfahrens, auf das er in einem kurzen Rückblick nochmals eingeht. Das Ergebnis sei durchaus erfreulich, weshalb er sich vorstellen könne, ein solches Verfahren auch bei anderen Maßnahmen anzuwenden. Seine Fraktion hoffe nun aber vor allem auf eine ebenso positive Umsetzung.

Für ihre Fraktion kündigt Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** die Stimmenthaltung an. Der Grund hierfür sei, dass die Maßnahme nicht nachhaltig sei. Anstatt die bestehende Halle abzurechen und neu zu bauen sei es durchaus möglich gewesen zu sanieren. Die von Stadtrat Noz angesprochene positive Begleitung koste schließlich auch viel Geld und bis zur Fertigstellung werde es noch sehr lange dauern.

Stadtrat **Juraneck** gratuliert den Initiatoren des Prozesses, die ihre Ziele hartnäckig genug verfolgt hätten. Das Ergebnis könne sich durchaus sehen lassen, zumal er den Generalübernehmer für leistungsfähig halte. Trotzdem weist er darauf hin, dass der Weg mit der heutigen Vergabe noch nicht zu Ende sei. Die Kalkulation enthalte keinerlei Reserven, da dürfte es seiner Meinung nach noch spannend werden in der Bauphase. Er hoffe aber auf einen guten Verlauf. Auf keinen Fall aber dürfe ein solches Verfahren zur Regel werden, weil die Anbieter dabei zu stark unter Druck gerieten. Besser seien da faire Verhandlungen bei denen alle Beteiligten das Ziel eines wirtschaftlichen Ergebnisses hätten.

Stadtrat **Weiss** dankt im Namen seiner Fraktion. Wenn der Beginn des Verfahrens auch schwierig gewesen sei, so habe es sich doch gelohnt. Im wirtschaftlichen Sinne habe man in diesem Vergabeverfahren durchaus nachhaltig gehandelt. Er freue sich deshalb, dass letztendlich alle mitgezogen hätten und dass seine Fraktion maßgeblich daran beteiligt gewesen sei. Für ihn stelle der Neubau der Schulturnhalle damit ein Vorzeigeprojekt dar.

Er vermisse eine Aussage zur tatsächlichen Qualität des Gebäudes, merkt Stadtrat **Eisele** an. Außerdem gebe es keinerlei finanzielle Reserven weshalb er hoffe, dass das veranschlagte Geld für die Umsetzung ausreiche. Zumal er nicht wisse, ob zum Beispiel eine Baugrunduntersuchung gemacht worden sei. Er wünsche sich aber auf jeden Fall eine gute Umsetzung.

Entgegen ihrem Abstimmungsverhalten im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt werde Stadträtin **Burkhardt** heute gegen die Vergabe stimmen. Diese Ablehnung begründet sie damit, dass es keine Auswahl unter verschiedenen Angeboten gebe, da nur eine Firma das Raumprogramm zu dem vorgegebenen Kostenrahmen angeboten habe. Dabei fehlten aber eventuelle Kosten für Altlasten und Brandschutz und die Personalkosten, die für die Um- und Neuplanung des gesamten Vorhabens angefallen seien. Es sei durchaus wahrscheinlich, dass am Ende der Kostenrahmen nicht eingehalten werde. Sie gehe davon aus, dass die Fachleute in der Stadtverwaltung vertraglich festgehalten hätten, welche Leistungen unter schlüsselfertiger Übergabe zu verstehen seien. Das Gremium habe aber keinerlei Informationen zur Umweltrelevanz der von der Schatz Projektbau und ihrer Subunternehmer verwendeten Maschinen und Materialien und von ihrer Personalpolitik. Außerdem sei unbekannt, welche Folgekosten entstünden. Schließlich habe es in Ludwigsburg schon Beispiele für Bauten gegeben, bei denen bereits im ersten Jahr nach der Fertigstellung Reparaturkosten und damit auch

Personalfolgekosten angefallen seien. Sie habe seinerzeit dem Sanierungsvorschlag des FB Hochbau für die Turnhalle Hoheneck bei der auch der Bolzplatz erhalten geblieben wäre zugestimmt. Nach Kenntnisnahme des Ergebnisses der Generalübernehmer-Ausschreibung sei sie immer noch der Meinung, dass die Sanierung der alten Halle die preisgünstigere und umweltgerechtere Lösung gewesen wäre. Diese Stellungnahme bitte Stadträtin Burkhardt im Wortlaut zu Protokoll zu nehmen.

Zur Frage von Stadtrat Eisele ergänzt BM **Ilk**, dass den Anbietern alle Informationen zur Verfügung gestellt worden seien, die der Stadt vorgelegen hätten. Mehr sei zum Beispiel über

den Baugrund nicht bekannt.

Nachdem keine weiteren Fragen offen sind, ruft OBM **Spec** zur Abstimmung auf.

TOP 2

**Parkraumkonzept Ludwigsburg Weststadt und
nördliche Innenstadt/Untere Stadt -
Auftragsvergabe**

Vorl.Nr. 146/16

Abweichender Beschluss:

1. Das Ingenieurbüro BrennerPlan GmbH, Augustenstraße 10a, 70178 Stuttgart wird mit der Erarbeitung des Parkraumkonzeptes Weststadt und der Aktualisierung des Parkraumkonzeptes nördliche Innenstadt/Untere Stadt beauftragt. Die Verfügungssumme beträgt incl. einer Reserve von ca. 25 % für ggf. zu vertiefende Einzelfragen, Gebietserweiterungen und intensive Öffentlichkeitsbeteiligung 65.000 € brutto.
2. *Gleichzeitig wird die Verwaltung beauftragt, zeitnah ein Parkraumkonzept für die Südstadt zu erarbeiten und dafür einen Vorschlag für die Beauftragung eines Büros vorzulegen.*
3. *Mit der Erarbeitung des Parkraumkonzepts für die Weststadt und nördliche Innenstadt / Untere Stadt wird begonnen.*

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss zu Ziffer 1 wird mit 34 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Der Beschluss zu Ziffer 2 wird mit 33 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Der Beschluss zu Ziffer 3 wird mit 25 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Haller (krank)
Stadtrat Köhle
Stadträtin Kreiser (beruflich verhindert)
Stadtrat Kube
Stadtrat Volker Lutz (privat verhindert)
Stadtrat Seybold

Ja 33 Nein 1 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** berichtet über die vorausgegangene Beratung im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt und die im Sachzusammenhang gestellten Anträge. Er macht dabei deutlich, dass es

sich bei der Entscheidung für eine Konzeption in den einzelnen Bereichen Ludwigsburgs schon wegen des dringenden Parkraumbedarfs um eine wichtige Gemeindeangelegenheit handle. Er empfehle deshalb, dass der Gemeinderat diese Angelegenheit zur Entscheidung an sich ziehe und sich in seiner Beschlussfassung nicht für ein Konzept Weststadt oder Südstadt entscheide, sondern zeitgleich beide Konzepte initiiere.

Seinem Rückblick auf die Beratung im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt und seiner Schilderung über das Vorgehen zur Erstellung eines entsprechenden Konzeptes stellt **BM IIIk** voran, dass er dies für einen guten Kompromissvorschlag halte. Die notwendigen Vorarbeiten durch die Verwaltung sowie die Auswahl eines geeigneten Büros, einschließlich der Reservierung des erforderlichen Zeitfensters, sei für den Bereich der Weststadt bereits erfolgt. Durch die aktuelle Beschlusslage käme es nun aber zu Verzögerungen. Realistisch sei deshalb aus seiner Sicht mit der Konzepterstellung in der Weststadt im Herbst zu beginnen und gleichzeitig die Vorarbeiten für die Südstadt aufzunehmen, um dort dann mit dem eigentlichen Konzept im Frühjahr zu starten.

Stadtrat **Hermann** pflichtet OBM Spec insofern bei, dass es sich beim Parkraumkonzept um eine sehr wichtige Angelegenheit handle. Die Zustimmung seiner Fraktion wäre daher unter bestimmten Voraussetzungen denkbar, räumt er ein und verweist dabei auf den Antrag der CDU-Fraktion Vorl. Nr. 198/16. Die Ziffer 4 dieses Antrags entspräche praktisch dem Vorschlag der Verwaltung, eine Konzeption sowohl für die Weststadt als auch für die Südstadt anzugehen. Voraussetzung sei allerdings, dies zeitnah zu tun. Außerdem unterstütze er die Anregung der FW-Fraktion, die in ihrem Antrag fordere, bei gleichwertigen Angeboten einem Ludwigsburger Büro den Vorzug zu geben.

Stadträtin Dr. **Knoß** fordert, dem ursprünglichen Vorhaben, mit der Parkraumkonzeption für die Weststadt weiter zu machen, nun auch konsequent zu folgen. Schließlich habe hierüber bei früheren Beratungen Einigkeit bestanden. Sie warnt davor, einfach immer mehr Untersuchungen zu fordern, bevor nicht die Ergebnisse für den Bereich der Weststadt und der Unteren Stadt vorlägen. Mit den Vorarbeiten könne aber durchaus bereits begonnen werden. Sie werde der Vorl. Nr. 146/16 daher zustimmen. Den ergänzenden Antrag der CDU-Fraktion halte sie jedoch für überflüssig.

Ähnlich argumentiert auch Stadträtin **Liepins**, die daran erinnert, dass sich die Mehrheit des Gremiums in der Vergangenheit dafür ausgesprochen habe, mit der Weststadt weiterzumachen, sobald die Oststadt abgeschlossen sei. Sie befürchte, dass das Baudezernat auch gar nicht die Kapazität habe, um die Konzepte für die Weststadt und die Südstadt zur gleichen Zeit angehen zu können. Zumal der Bereich der Weststadt ohnehin bereits um den Bereich der Unteren Stadt erweitert worden sei, was ihre Fraktion begrüße. Zusammenfassend hält sie fest, dass ihre Fraktion an der Vorl. Nr. 146/16 festhalten wolle. Die Reihenfolge sei die richtige, wenn zunächst die Weststadt und dann erst die Südstadt untersucht werde. Den Antrag der FW-Fraktion lehne ihre Fraktion ab und der der CDU-Fraktion erscheine doch eher überflüssig. Mit Blick auf die Haushaltsberatungen unterstreicht sie, dass im Falle der Gleichzeitigkeit auch ausreichend Personal zur Verfügung gestellt werden müsse.

Stadtrat **Rothacker** zitiert aus dem Antrag seiner Fraktion und begründet diesen. Wenn die Konzepte tatsächlich gleichzeitig erarbeitet werden könnten, so wäre das auch für seine Fraktion ein gangbarer Weg. Er räumt ein, dass nicht alle vom Erfolg der Parkraumkonzeption für die Oststadt so überzeugt seien, wie es nun dargestellt werde. Eine Zustimmung zur Reihenfolge Weststadt vor Südstadt wäre mit dem Zusatz, dass die Südstadt innerhalb von drei Monaten folge, denkbar.

Dass ein Konzept für die Weststadt aufgestellt werden soll, sei nach Aussage von Stadtrat **Heer** bereits im Juli 2015 beschlossen worden. Der Ursprungsgedanke dafür reiche sogar bis ins Jahr 2010 zurück. Seither werde darauf gewartet, dass die Planung angegangen werde, zumal mit dem Konzept für die Oststadt gute Erfahrungen gemacht worden seien. Außerdem gebe es in

manchen Bereichen der Weststadt bereits Regelungen, in anderen bestünde jedoch dringend Handlungsbedarf. In diesem Zusammenhang spricht er die Erweiterung der Weststadt um den Bereich der unteren Stadt an, die er sehr begrüße. Grundsätzlich spreche er sich auch nicht gegen eine Konzeption für die Südstadt aus, aber in der Priorität stehe diese eindeutig an zweiter Stelle. Er kritisiert den Antrag der FW-Fraktion, der in seinen Augen einen Verhinderungsantrag darstelle. Den Beschlussvorschlag der Verwaltung interpretiere er so, dass mit der Weststadt begonnen werden solle. Trotzdem stelle er den Antrag, den Beschlusstext um folgende Formulierung zu ergänzen: „Mit der Erarbeitung des Parkraumkonzepts für die Weststadt und nördliche Innenstadt / Untere Stadt wird begonnen.“

Ähnlich äußert sich auch Stadträtin **Dziubas**, die in der Weststadt eine große Parkplatznot konstatiert. Eine Abhilfe sei hier dringend notwendig. Dabei räumt sie ein, dass die Situation in der Südstadt auch nicht ideal sei. Dies müsse eben so angegangen werden, aber nicht zu Lasten der Weststadt. Sie werde deshalb der Beschlussvorlage der Verwaltung zustimmen.

In der Weststadt bestünden keine Probleme mit dem Parkraum, widerspricht Stadtrat **Noz**. Er sei viel unterwegs und kenne die Situation vor Ort. Dort, wo es notwendig sei, gebe es bereits Einzelfallregelungen wie zum Beispiel im Bereich des Bildungszentrums. Ganz anders habe es früher in der Oststadt ausgesehen. Er unterstütze daher die Entwicklung eines Parkraumkonzeptes in der Unteren Stadt, der nördlichen Innenstadt und der Südstadt, nicht aber in der Weststadt. Außerdem fordert er mehr Stellplätze in künftigen Neubaugebieten.

Stadträtin **Burkhardt** bekräftigt mit ihrer Wortmeldung den interfraktionellen Antrag, den sie mit unterschrieben habe. Danach solle zunächst eine Konzeption für die Weststadt und die nördliche Innenstadt entwickelt werden, erst danach sollen weitere folgen. Die Weststadtprobleme, deren Hauptursachen sie nennt, seien oft und ausgiebig genug diskutiert worden. Es habe von der Umsetzung in der Oststadt bis zur Beschlussvorlage Weststadt nun lange genug gedauert. Die habe aber zusammen mit der Umgebung des Marstalls unbedingt Vorrang gegenüber der Südstadt, zumal sie davon ausgehe, dass das vorhandene Personal nicht ausreiche, um beide Konzepte gleichzeitig anzugehen. Dem Antrag der CDU-Fraktion könne sie teilweise zustimmen, nicht aber der darin enthaltenen Ziffer 3. Denn wenn die Umsetzung des Parkraumkonzeptes von der Höhe der Personalkosten abhängig gemacht würde, dann fordere sie Gleiches auch für die Sporthalle Hoheneck. Sie wolle deshalb eine getrennte Abstimmung.

OBM **Spec** macht in seiner Stellungnahme deutlich, dass die deutlich gestiegene Zahl an Arbeitsplätzen die Stadt Ludwigsburg dazu herausfordere, sich infrastrukturellen Fragen zu stellen. Dies gelte für den Bildungsbereich wie auch für Fragen der nachhaltigen Mobilität oder der Parkierung. Diese Fragen müssten zeitnah gelöst werden. Er räumt ein, dass es schwer werde, alle Konzepte gleichzeitig auf den Weg zu bringen. Andererseits hätte die zeitgleiche Vergabe an das Planungsbüro natürlich auch Vorteile. Der sich dadurch eventuell ergebende personelle Engpass könne seiner Meinung nach durch kurzfristige Aufstockungen unproblematisch gedeckt werden.

Es folgt eine Diskussion um die nun zur Abstimmung stehenden Anträge und Beschlussvorschläge. Hierbei erklärt Stadtrat **Hermann**, dass die CDU-Fraktion bereit sei, auf eine Abstimmung der Ziffern 2 und 3 ihres Antrages zu verzichten. Voraussetzung sei die Zusage der Verwaltung, diese Punkte, die nach Aussage einiger Gremiumsmitglieder ohnehin selbstverständlich seien, auch wirklich Berücksichtigung fänden. Die Ziffer 4 hingegen solle Teil des Beschlusses sei, wobei er sich mit einer Formulierungsänderung, bei der unter anderem auf das Wort „Vorlage“ verzichtet wird, einverstanden erklärt.

Stadtrat **Heer** wiederholt seinen Antrag, in den Beschluss mit aufzunehmen, dass mit der Erarbeitung des Parkraumkonzepts für die Weststadt und nördliche Innenstadt / Untere Stadt begonnen werde.

Noch bevor OBM **Spec** zur Abstimmung der Vorl. Nr. 146/16 und deren Ergänzungen aufruft,

lässt er darüber abstimmen, ob der Gemeinderat diese Angelegenheit gemäß § 8 Abs. 5 der Hauptsatzung der Stadt Ludwigsburg aufgrund ihrer Bedeutung an sich ziehen soll.

Dieser Beschluss wird mit 33 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Sodann lässt OBM **Spec** abstimmen über die Vorl. Nr. 146/16, ergänzt um die modifizierte Ziffer 4 des Antrags der CDU-Fraktion unter Ziffer 2 und außerdem ergänzt um den von Stadtrat Heer beantragten Zusatz unter Ziffer 3.

TOP 2.1	Erneute Behandlung der Vorl.Nr. 146/16 in der Sitzung des Gemeinderats am 22.06.2016 - Interfraktioneller Antrag der SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, LUBU, FDP, Die Linke vom 13.05.2016	Vorl.Nr. 177/16
----------------	--	------------------------

Beratungsverlauf:

Mit dem abweichenden Beschluss unter Tagesordnungspunkt 2 ist der Antrag Vorl. Nr. 177/16 erledigt.

Zum Beratungsverlauf und Beschluss siehe unter Tagesordnungspunkt 2.

TOP 2.2	Parkraumkonzept Ludwigsburg Weststadt und nördliche Innenstadt/Untere Stadt Auftragsvergabe - Antrag der CDU-Fraktion vom 06.06.2016	Vorl.Nr. 198/16
----------------	---	------------------------

Beratungsverlauf:

Mit dem abweichenden Beschluss unter Tagesordnungspunkt 2 ist der Antrag Vorl. Nr. 198/16 erledigt.

Zum Beratungsverlauf und Beschluss siehe unter Tagesordnungspunkt 2.

TOP 3	Haushalt, Eröffnungsbilanz zum 01.01.2014
--------------	--

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf und Beschluss siehe unter Tagesordnungspunkt 3.2.

Beratungsverlauf:

Das Gremium nimmt die Vorl. Nr. 134/16 zur Kenntnis und verzichtet auf zusätzlichen Sachvortrag und auf Aussprache.

Beschluss:

1. Die Eröffnungsbilanz der Stadt Ludwigsburg zum 01.01.2014 einschließlich Anhang und Anlagen wird hiermit festgestellt.
2. Das Handbuch zur Eröffnungsbilanz der Stadt Ludwigsburg einschließlich den darin aufgeführten Bewertungs- und Bilanzierungswahlrechten wird beschlossen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt die Prüfungsfeststellungen des Fachbereichs Revision zu überprüfen und im Rahmen der gesetzlichen Übergangsfristen nach § 63 GemHVO umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Haller (krank)
Stadtrat Köhle
Stadträtin Kreiser (beruflich verhindert)
Stadtrat Kube
Stadtrat Volker Lutz (privat verhindert)
Stadtrat Seybold

Ja 35 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Nachdem seitens des Gremiums auf zusätzlichen Sachvortrag und Aussprache verzichtet werden lässt OBM **Spec** über die Vorl. Nr. 154/16 abstimmen.

Beschluss:

- I Das **Städtebauliche Konzept** zum BP „Schönbeinstraße Süd“ Nr. 026/09 wird beschlossen. Maßgebend ist der Plan des Fachbereichs Stadtplanung und Vermessung vom 20.05.2016.
- II. Eine **erneute frühzeitige Beteiligung** der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange wird durchgeführt. Der Öffentlichkeit wird zusätzlich im Rahmen einer öffentlichen **Informationsveranstaltung** die aktuelle Planung vorgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Haller (krank)
Stadtrat Köhle
Stadträtin Kreiser (beruflich verhindert)
Stadtrat Kube
Stadtrat Volker Lutz (privat verhindert)
Stadtrat Seybold

Ja 34 Nein 0 Enthaltung 1

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** verweist auf die Vorl. Nr. 172/16 und informiert darüber, dass der Empfehlungsbeschluss hierzu am 09.06.2016 im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt mit großer Mehrheit gefasst worden sei.

Nachdem sich keine Wortmeldungen aus der Mitte des Gremiums ergeben ruft OBM **Spec** den Beschluss zur Abstimmung auf.

Beschluss

Für eine Stichstraße im Stadtteil Grünbühl-Sonnenberg, Baugebiet Sonnenberg Süd-West

(Bebauungsplan 056/06) wird folgender Name festgelegt:

Caerphillystraße

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Braumann
Stadtrat Haller (krank)
Stadtrat Köhle
Stadträtin Kreiser (beruflich verhindert)
Stadtrat Volker Lutz (privat verhindert)
Stadtrat Seybold

Ja 35 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** nimmt den Tagesordnungspunkt zum Anlass, über seinen Besuch in Caerphilly, der Partnerstadt Ludwigsburgs, zu berichten. Er sei dort mit sehr viel Herzlichkeit empfangen und während seines Aufenthaltes sehr freundschaftlich begleitet worden. Besonders hätten sich die Gastgeber über die Neuigkeit gefreut, dass Ludwigsburg plane, eine Straße im Gebiet Sonnenberg-Grünbühl nach der Partnerstadt im Caerphilly County Borough zu benennen.

Auf Anregung von Stadtrat **Heer** sagt OBM **Spec** zu, demnächst über den Stand der unterschiedlichen Städtepartnerschaften zu berichten. Sodann lässt er über den Beschlussantrag abstimmen.

TOP 6

Scala Kultur gGmbH, Abteilung Scala Live -
Jahresbericht 2015, Zuschussantrag 2016

Vorl.Nr. 131/16

Beschluss:

1. Der Jahresbericht 2015 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Den Planungen – insbesondere dem Programmkonzept – 2016 wird zugestimmt.
3. Der städtische Regelzuschuss 2016 in Höhe 209.650 EUR wird zur Auszahlung freigegeben.
4. Der städtische Regelzuschuss wird im Jahr 2016 um eine üpl Ausgabe in Höhe von 100.000 EUR erhöht und für 2016 zur Auszahlung freigegeben. Die überplanmäßige Ausgabe wird gedeckt aus der Deckungsreserve.
5. Die Scala GmbH und die Scala gGmbH arbeiten an einer Konstruktion bzw.

Programmatik, die ab 2017 eine Förderung durch Landesmittel aus dem Fonds Soziokultur ermöglicht, und setzen diese um,. Dies wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Über die Ziffern 1, 2, 3 und 5 wird gemeinsam und über die Ziffer 4 getrennt abgestimmt.

Der Beschluss zu den Ziffern 1, 2, 3 und 5 wird mit 34 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Der Beschluss zu Ziffer 4 wird mit 29 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich abgestimmt.

Nicht anwesend: Stadtrat Haller (krank)
Stadtrat Köhle
Stadträtin Kreiser (beruflich verhindert)
Stadtrat Volker Lutz (privat verhindert)
Stadtrat Seybold

Ja 34 Nein 1 Enthaltung 1

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** berichtet über die Vorberatung im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung, bei der sich das Gremium einstimmig für die Vorl. Nr. 131/6 ausgesprochen habe. Allerdings habe man sich darauf geeinigt, unter Ziffer 4 die 100.000 EUR als Obergrenze für die überplanmäßige Ausgabe festzulegen und den Hinweis aufzunehmen, dass aus dieser erhöhten Zahlung für das Jahr 2016 kein Anspruch auf eine erhöhte Förderung in den Folgejahren erwachse.

Die Frage von Stadtrat Dr. **Vierling** nach einer eventuellen Befangenheit von Stadtrat Rothacker als Gastronomie-Pächter im Scala verneint OBM **Spec**, da die gemäß § 18 GemO hierfür erforderliche Unmittelbarkeit fehle. Sodann eröffnet er die Aussprache.

Kritisch sei für seine Fraktion, so Stadtrat **Hermann**, dass der Sonderzuschuss jährlich steige. Er mahnt deshalb, das Defizit im Auge zu behalten. Außerdem stelle sich die Frage was passiere, wenn das Land seinen Zuschuss nicht mehr verlängere. Einige Mitglieder seiner Fraktion hätten sich deshalb dafür ausgesprochen, den Sonderzuschuss auf 50.000 € zu begrenzen, weshalb es heute zu einem unterschiedlichen Abstimmungsverhalten innerhalb der Fraktion kommen werde.

Der Sonderzuschuss bereite auch seiner Fraktion Sorgen, erklärt Stadtrat Dr. **Vierling**. Er kündigt für heute zwar die Zustimmung an, aber für das nächste Jahr müsse sich hier unbedingt etwas ändern. Um den Landeszuschuss zu sichern schlägt er vor, entsprechende Akteure einzusetzen. Das Jahresergebnis 2015 sei jedoch erfreulich und auch dem Programm für 2016, das allen Generationen gerecht werde, stimmten sie zu.

Stadträtin **Deetz** überlege ob es nicht denkbar sei, auf die Verträge mit KinoKult Einfluss zu nehmen. Natürlich fülle diese Institution in Ludwigsburg einen wichtigen Platz aus, trotzdem sollten ihr nicht zu viele Rechte eingeräumt werden. Sie könne sich stattdessen einen größeren Programm-Mix vorstellen. Grundsätzlich sei das Scala eine Bereicherung, aber leider eben auch sehr teuer.

Stadtrat **Weiss** erinnert daran, dass sich das Gremium zusammen mit der Verwaltung für diesen Weg entschieden habe. Da gebe es eben auch Höhen und Tiefen, zu denen man jetzt stehen müsse. Grundsätzlich aber müsse das finanzielle Konzept überdacht werden. Jetzt aber gelte es dem Beschlussvorschlag zuzustimmen und damit das Scala als Marke für Ludwigsburg zu erhalten. Er wünsche sich, dass für das Jahr 2017 neue Perspektiven aufgezeigt würden.

Ludwigsburg ohne Scala wolle sich Stadtrat **Eisele** gar nicht erst vorstellen. Trotzdem bereite ihm die Höhe des Zuschusses Sorgen. Dies könne dauerhaft nicht so bleiben, stellt er fest. Unter Umständen müsse dazu das Konzept für 2017 geändert werden.

Das Scala sei nach Ansicht von Stadträtin **Dziubas** eine wichtige Institution, die unbedingt förderwürdig sei.

Mit dem Hinweis, dass zwischen kommerziellem Kino und Programmkino hinsichtlich der Ausgaben und Einnahmen unterschieden werden müsse, ruft OBM **Spec** den Beschluss zur Abstimmung auf.